



Verwaltung:

Frau Duffert

Herr Helmke

Herr Wörmann

Herr Cremer

Herr Meser

Frau Mülöt

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Amt für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Amt für Schule

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführung)



## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) fest.

Vorsitzende Frau Weißenfeld kündigt zwei zusätzliche mündliche Mitteilungen an zu den Themen „Sichere Häfen“ (neu: TOP 2.5) und „Jugendbus“ (neu: TOP 2.6). Darüber hinaus verweist sie auf die als Tischvorlage verteilte Informationsvorlage Drucks.-Nr. 10250/2014-2020 zum Thema „Weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Verwendung des Integrationsbudgets“ (neu: TOP 11). Sie schlägt vor, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern. Die weiteren TOPs werden fortlaufend weaternummeriert. Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld informiert über weitere Tischvorlagen:

Zu TOP 1: Niederschrift der Sitzung vom 15.01.2020

Zu TOP 3.1: Antwort der Verwaltung zur Anfrage des JAEB

Zu TOP 3.2: Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Die Linke

Zu TOP 3.3: Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Herr Müller äußert sein Unverständnis darüber, dass nach wie vor die angekündigten Berichte zu den Themen „Spielflächenbedarfsplanung“ und „Hall of Fame“ fehlten und fordert eindringlich die Berichterstattungen durch die Fachämter.

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 53. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2020**

Da die Niederschrift kurzfristig als Tischvorlage zur Verfügung stehe, wird die Genehmigung auf die nächste Sitzung verschoben.

---

### **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1 Aktueller Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.12.2019**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

---

#### **Zu Punkt 2.2 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld für die Jahre**

## **2021 bis 2026**

Frau Brinkmann begrüßt das Vorhaben, bei der Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) auch die Zielgruppe mit einzubeziehen und fragt, auf welche Weise die Beteiligung geplant sei. Herr Helmke erklärt, dass man sich in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe im Februar schwerpunktmäßig mit diesem Thema befasse.

Frau Stillger erinnert daran, dass die Situation der Mädchen in der Kinder- und Jugendarbeit nach wie vor defizitär sei. Mädchen ab einem Alter von ca. 12 Jahren nutzten die Angebote nicht mehr. Sie halte daher eine Mitarbeit von Fachfrauen aus dem Fachbeirat für Mädchenarbeit an der Erarbeitung des KJFP für zwingend erforderlich. Herr Epp sichert die Beteiligung der Fachfrauen zu.

Auf Nachfrage von Frau Henneke erläutert Herr Epp, dass aufgrund eines Ratsbeschlusses den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ein bestimmtes Jahresbudget als Grundlage für den KJFP zur Verfügung stehe. Der Jugendhilfeausschuss entscheide dann über die konkret zu fördernden Schwerpunkte und Ziele.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.-

---

### **Zu Punkt 2.3**

#### **„Freiwillige“ Trägeranteilssubventionierung im Bereich der Kindertageseinrichtungen**

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass am 11.03.2020 ein Gespräch mit den Trägern zu diesem Thema stattfinde. Selbstverständlich werde der JHA über die Ergebnisse informiert. Auf Nachfrage von Frau Brinkmann bestätigt er, dass auch die mit den freiwilligen Trägeranteilssubventionierungen verbundenen finanziellen Belastungen in der angekündigten Beschlussvorlage dargestellt würden.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.-

---

### **Zu Punkt 2.4**

#### **Ergebnis des Ideenwettbewerbs Stiftung Eikelmann**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.-

---

**Zu Punkt 2.5  
(neu)**

**Initiative „Sichere Häfen“**

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass der Rat der Stadt Bielefeld im Juli 2019 beschlossen habe, dass die Stadt Bielefeld dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ beitrete. Der Oberbürgermeister habe mit den anderen Städten aus NRW vereinbart, dass nun konkretere Angebote für die Aufnahme von Menschen über die Aufnahmeverpflichtung hinaus erarbeitet würden. Der Fokus liege dabei auf Menschen in griechischen Aufnahmelagern.

Konkret plane Bielefeld auch die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Umfang einer sehr niedrigen zweistelligen Zahl. Da der Rat diesen Vorschlag in seiner Sitzung am 05.03.2020 beraten werde, sei die vorherige Einbringung der Vorlage im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA) am 26.02.2020 notwendig. Die Vorlage solle vor der Beratung im HWBA in den beiden Fachausschüsse Jugendhilfeausschuss (JHA) und Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) beraten werden. Es sei möglich, dass der SGA in seiner nächsten Sitzung am 18.02.2020 die 1. Lesung der dann vorliegenden Vorlage beschließe. Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt daher eine gemeinsame Sondersitzung von JHA und SGA am Mittwoch, 26.02.2020 um 16:00 Uhr, direkt vor der Sitzung des HWBA, vor.

Nach kurzer Diskussion sprechen sich die Anwesenden für eine Sondersitzung am 26.02.2020 um 16:00 Uhr aus.

---

**Zu Punkt 2.6  
(neu)**

**Jugendbus**

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass man aufgrund eines JHA-Beschlusses im vergangenen Jahr einen Bus im Rahmen einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme habe umbauen lassen wollen. Auf die vom Jobcenter vorgenommene Ausschreibung für einen Umbau habe sich niemand beworben, da sich kein Träger zutraue, die Haftung- und Gewährleistungsfragen für einen umgebauten Bus zu übernehmen. Man überlege nun innerhalb der Verwaltung, wie man den Bus zeitnah umbauen und die Finanzierung regeln könnte. Voraussichtlich werde dem JHA in der Sitzung im März ein konkreter Vorschlag vorgestellt werden.

---

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**      **Kalkulation von Elternbeiträgen - Anfrage des JAEB vom 31.01.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10208/2014-2020

Herr Epp erläutert kurz die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Frau Purucker berichtet, dass zwei Nachbarkommunen, Bad Salzuflen und Lemgo, eine prozentuale Berechnung der Elternbeiträge vornähmen. Aus der Bielefelder Elternschaft werde dem JAEB gegenüber immer wieder Unmut darüber geäußert, dass aufgrund der Stufenregelung unter Umständen auch geringfügige Gehaltserhöhungen oder Sonderzahlungen eine unverhältnismäßig hohe Nachzahlung bzw. Festsetzung von Elternbeiträgen nach sich zögen.

Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass er die von Frau Purucker geschilderten Probleme nachvollziehen könne. Diese ließen sich möglicherweise mit einem Mischsystem mindern. Eine kurzfristige Lösung sei jedoch nicht umsetzbar. Er schlägt daher vor, in der folgenden Amtsperiode über Alternativen und Lösungsmöglichkeiten nachzudenken.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fügt hinzu, dass der Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 abgeschlossen sei und man die Zeit bis zu den nächsten Haushaltsberatungen nutzen sollte, ein geeignetes Modell für die Erhebung von Elternbeiträgen zu entwickeln, welches auch die Wünsche der Eltern berücksichtige. Da den Anwesenden die Antwort der Verwaltung erst kurzfristig als Tischvorlage zur Verfügung gestanden habe, sollte man noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich über dieses Thema diskutieren.

Frau Purucker fragt, ob durch das Inkrafttreten des neuen KiBiz auch eine Satzungsänderung hinsichtlich des künftig beitragsfreien vorletzten Kita-Jahres und der Angleichung der Tagespflege an die Kitagebühren erfolgen werde. Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass sich diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten lasse.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**      **Erziehungshilfe im Offenen Ganztage Drucks.-Nr. 9675/2014-2020 - Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 03.02.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10211/2014-2020

Es besteht kein Beratungsbedarf. (Anlage 2)

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis. -

**Zu Punkt 3.3**

-.-.-

**Projekt "Wasserhelden" - Anfrage der CDU-Fraktion vom  
04.02.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10225/2014-2020

Frau Brinkmann dankt für die ausführliche Beantwortung der Anfrage (Anlage 3). Sie betont, dass durch dieses Projekt Kinder vor dem Ertrinken gerettet werden könnten. Das sei mehr als nur „sinnvoll“. Darüber hinaus bittet sie nach dem 2. Terialbericht um Prüfung, ob Mittel zur Förderung dieses Projektes zur Verfügung stünden.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis. -

**Zu Punkt 4**

**Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**Zu Punkt 5**

-.-.-

**Bezuschussung inklusive Ferienspiele in der Offenen Kinder-  
und Jugendarbeit im Jahr 2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10156/2014-2020

Herr Kamke-Hellmann erläutert die Vorlage der Verwaltung. Mit den Mitteln für 2019 in Höhe von 20.000 € sei man genau ausgekommen.

Frau Wolf weist darauf hin, dass eine der Bielefelder Grundschulen in der Trägerschaft des LWL (Albatros-Schule) als Ganztagschule geführt werde und in anderen Grundschulen (z.B. Westkampfschule) eine OGS-Betreuung mit einem entsprechenden Ferienangebot angeboten werde.

Herr Pieplau dankt für die umfänglichen Informationen. Er fragt, ob die Kinder aus Nachbarkommunen tatsächlich von den Ferienspielen ausgeschlossen seien oder ob die Nachbarkommunen die Plätze finanzierten. Herr Kamke-Hellmann berichtet, dass diese Kinder keinen Platz bei den Bielefelder Ferienspielen erhielten. Auf weitere Nachfrage von Herrn Pieplau erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass eine Aufstockung der kommunalen Mittel durch den LWL erstrebenswert sei, da dann weitere Plätze angeboten werden könnten.

Frau Hopster weist darauf hin, dass für Kinder der Albatros-Schule eine Ferienbetreuung aus Mitteln der Stiftung Eikemann finanziert werde. Sie fragt nach der Feststellung des Betreuungsschlüssels für die Kinder, da nach ihrer Vorstellung unterschiedliche Beeinträchtigungen auch unterschiedliche Betreuung erforderten.

Frau Stillger möchte wissen, wie groß der Bedarf an Plätzen für Ferienbetreuung von Kindern mit Behinderung in Bielefeld tatsächlich sei. Diese Zahlen könnten möglicherweise zu einer positiven Entscheidung des LWL beitragen.

Darauf bezugnehmend weist Frau Hopster darauf hin, dass auch Plätze für Ferienspiele über die OGS der Regelschulen angeboten würden, an denen auch behinderte Kinder teilnahmen. Es solle nicht der Eindruck entstehen, man verfüge ab 2020 lediglich über die Fördermittel von 30.000 €/Jahr, um Kinder mit Behinderungen die Teilnahme an den Ferienspielen zu ermöglichen.

Beigeordneter Herr Nürnberger nimmt aus dieser Diskussion den Auftrag mit, dass die Verwaltung noch einmal mit dem LWL in Verhandlungen treten solle, um eine grundsätzliche Lösung des Problems für Kinder in durch den LWL finanzierten Schulen zu vereinbaren und die Finanzierung von zusätzlichen Plätzen zu erwirken. Unterstützend sollten dazu die Zahlen der unversorgten Kinder mit Behinderungen ermittelt werden.

Abschließend bedankt sich Vorsitzende Frau Weißenfeld bei Herrn Kampke-Hellmann für die Informationen.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis -

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Landeszuschüsse für plusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf ab 01.08.2020**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10174/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Informationsvorlage. Die Ergebnisse der Auswertung würden voraussichtlich in der Sitzung im April 2020 dem JHA vorgestellt werden können.

Herr Langeworth erklärt, er könne die geänderten Förderrichtlinien des Landes NRW durchaus nachvollziehen. An der bisherigen Bezuschussung der Sprachförderkitas mit 5.000 € hätten einige Träger Kritik geübt, da der bürokratische Aufwand im Verhältnis zur Fördersumme zu hoch gewesen sei.

Frau Henke fragt, auf welcher Grundlage die Daten für die 25% der Familien, in denen vorrangig kein Deutsch gesprochen werde, erhoben würden. Frau Duffert erklärt, dass die Fachkräfte in den Kitas diese Einschätzung vornähmen und dann entsprechend in dem Kita-Software-Programm LITTLE BIRD hinterlegten. Auf diese Daten könne sie zugreifen.

Auf Nachfrage von Frau Eberlein berichtet Frau Duffert, dass sie bereits eine erste Auswertung vorgenommen habe, die sie aber zunächst mit den Kita-Trägern in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII bespre-

chen möchte. Herr Epp erläutert anhand eines Beispiels die aus seiner Sicht bestehende Notwendigkeit, bei der der Entscheidung über die plus-KITAs nicht nur die beschriebenen Prozentwerte, sondern auch die jeweils absoluten Zahlen in den Kitas zu berücksichtigen. Ziel sei, mit den Fördermitteln möglichst viele Kinder mit Förderbedarf zu erreichen.

Frau Stillger hinterfragt, ob einer Familie im Leistungsbezug nach dem SGB II automatisch ein Sprachförderbedarf unterstellt werden könne. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob auch die in den Kitas dokumentierten Beobachtungen zum Sprachförderbedarf von Kindern mit in die Entscheidung einfließen. Dazu erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, man gehe von der Annahme aus, dass bei Vorhandensein bestimmter sozialer Faktoren in einem Quartier von einem entsprechenden Unterstützungsbedarf in den Familien ausgegangen werden könne. Dieser betreffe aber nicht nur die Sprache.

Herr Hanke erklärt auf Nachfrage der Vorsitzenden Frau Weißenfeld, dass die zu erstellende Beschlussvorlage so wie vor sechs Jahren auch in die Bezirksvertretungen eingebracht werde.

*(Anmerkung: Diese Aussage ist nicht korrekt. Die Bezirksvertretungen sind vor sechs Jahren nicht in die Beratungsfolge einbezogen worden. Das ist daher auch dieses Mal nicht geplant. Die Bezirksvertretungen können aber selbstverständlich über den Beschluss des JHA informiert werden.)*

Auf Nachfrage von Frau Eberlein bestätigt Frau Duffert, dass die Träger, deren Kitas zukünftig ihren Status als plusKITA verlieren, entsprechend frühzeitig darüber informiert würden.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.-

-.-.-

## **Zu Punkt 7**

### **Bericht gesundes und gerechtes Aufwachsen**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10181/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Duffert, Herrn Meser, Herrn Wörmann und Herrn Cremer als Berichterstatter.

Frau Duffert erläutert den vorliegenden Bericht.

Frau Hopster bedankt sich für die ausführliche Darstellung und fragt ergänzend, ob in dem Bericht auch die über die Stiftung Eikemann geförderten Projekte berücksichtigt worden seien und man eine Möglichkeit sehe, diese Projekte über die einjährige Befristung hinaus zu fördern. Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass erst zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden könne, ob und ggf. in welcher Form einzelne, bereits etablierte Projekte weiterlaufen sollten.

Frau Duffert sagt auf Bitte von Frau Stillger zu, das System „Frühe Hilfen“ in den Bericht mit aufzunehmen.

Beigeordneter Herr Nürnberger bittet grundsätzlich um Rückmeldung, ob der JHA diese Form des Berichts für sinnvoll und geeignet halte, um damit zu arbeiten. Für diesen Fall könnte er als Modell für weitere Quartierberichte dienen.

Frau Hennke spricht sich dafür aus, zumindest in den anderen INSEK-Gebieten weitere Gesamtkonzepte nach dem Modell dieses Berichtes für Sennestadt zu erstellen mit dem Ziel, Netzwerke zu bilden, gemeinsame Regelangebote zu entwickeln und eine bessere Zusammenarbeit aller Akteure zu erreichen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt folgende Fragen zu dem Bericht:

1. Was ist konkret mit den „Einstiegskitas für zugewanderte Kinder“ gemeint?

Frau Duffert erläutert, dass es sich bei dem Projekt „Kita-Einstieg“ um ein Bundesprogramm handele, das noch bis Ende 2020 in vier verschiedenen Kitas in Bielefeld durchgeführt werde. Ob das Programm verlängert werde, sei noch nicht bekannt. Über das Projekt sei es gut gelungen, zugewanderte Familien in das deutsche Erziehungs- und Bildungssystem zu integrieren.

2. Wäre die Etablierung von Stadtteilmüttern in ganz Sennestadt möglich, oder konzentriert es sich auf ein Quartier?

Herr Wörmann erklärt, dass sich die Belastungen und Auffälligkeiten in Sennestadt nicht auf einzelne Orte verteilen, sondern flächendeckend aufträten. Darum seien noch weitere grundsätzliche Überlegungen zu diesem Thema notwendig. Beigeordneter Herr Nürnberger fügt hinzu, dass die Finanzierung bzw. Förderung von Stadtteilmüttern in Sennestadt für drei Jahre bereits in der Vorlage zur Verwendung des Integrationsbudgets berücksichtigt worden sei. Die fachliche Ausgestaltung stehe noch aus.

3. Welche Schlussfolgerungen könne man daraus ziehen, dass das Gewicht der Neugeborenen im Gebiet Sennestadt durchschnittlich geringer als in anderen Bereichen Bielefelds sei?

Herr Wörmann beschreibt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Geburtsgewicht und der Bildung der Eltern gebe. Herr Cremer fügt hinzu, dass die sozialen Faktoren der Eltern für das Geburtsgewicht eine Rolle spielten, aber auch andere Faktoren, wie zum Beispiel die gesundheitliche Situation in der Schwangerschaft. Um eine statistisch haltbare Auswertung vorzunehmen, bedürfe es allerdings längerfristiger Erhebungen.

Abschließend bedankt sich Vorsitzende Frau Weißenfeld bei Frau Duffert, Herrn Cremer, Herrn Meser und Herrn Wörmann für die Vorstellung ihres Berichtes.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.-

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Ausweitung der Flexiblen Erziehungshilfe an den Offenen Ganztag

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10164/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass diese Vorlage bereits im Unterausschuss vor dieser Sitzung behandelt worden sei. Fragen zu den Konzepten seien nicht gestellt worden.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt auf Nachfrage, dass die beiden Träger ihre Mitarbeiter\*innen nach Tarifvertrag bezahlen.

Frau Hopster kündigt an, dass sich die anwesenden Vertreter\*innen der AGW bei der Abstimmung enthalten würden, da sie persönlich involviert seien. Man habe bereits mit beiden Trägern in der OGS gute Erfahrungen gemacht.

Frau Hennke dankt für die ausführliche Vorlage. Ihre Fraktion spreche sich nach gründlicher Abwägung für den Träger „Jugendhilfe Bethel OWL“ aus.

Frau Brinkmann schließt sich für die CDU-Fraktion den Aussagen von Frau Hennke an.

Herr Müller erklärt, dass sich zwischen den Angeboten kein großer Unterschied feststellen lasse. Angesichts der angestrebten Trägervielfalt spreche er sich für den „AWO Bezirksverband OWL e.V.“ als Träger aus.

Zur Trägervielfalt berichtet Herr Epp, dass inzwischen an 13 Schulen „Flexible Erziehungshilfe an den Offenen Ganztag“ etabliert worden sei. An zwei Standorten habe der „AWO Bezirksverband OWL e.V.“ die Trägerschaft übernommen und an fünf Standorten der Träger „Jugendhilfe Bethel OWL“.

Sodann lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über die beiden alternativen Trägerschaften abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

#### Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung des Projektes „Hilfe zur Erziehung an den Offenen Ganztag“ am Standort Plätschule mit dem Träger der Hilfe zur Erziehung „Jugendhilfe Bethel OWL“ vorzunehmen.**

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**

**Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII; Pirateninsel e.V., Adolf-Damaschke-Str. 7, 33609 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10162/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

**Der Antragsteller „Pirateninsel e. V., Adolf-Damaschke-Str. 7, 33609 Bielefeld“ wird als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII anerkannt.**

**Die Anerkennung bezieht sich auf die frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege von 0 - 6 Jahren (§ 24 Abs. 1 - 3 SGB VIII) innerhalb des Stadtgebietes von Bielefeld.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 10**

**Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII; LAIKA - Trost auf vier Pfoten e.V., Quellenhofweg 114, 33617 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10163/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

**LAIKA-Trost auf vier Pfoten e.V. wird als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 11  
(neu)**

**Weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Verwendung des Integrationsbudgets**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10250/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt einige Informationen zu der als Tischvorlage eingebrachten Vorlage (Anlage 4). Man sei dem Wunsch nach der Darstellung eines Zeitplanes für die Verwendung des Integrationsbudgets nachgekommen. Er stelle in Aussicht, dass alle genannten Themen über das Integrationsbudget bedient werden könnten, sofern nicht unvorhersehbare Veränderungen notwendig würden. Für einige dringende Projekte sei die Einbringung einer Vorlage in den JHA im März zur 1. Lesung mit Entscheidung im April geplant, so dass genügend Zeit für Beratungen zur Verfügung stehe.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 12

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u. a. folgenden Themen an:

- Spielflächenbedarfsplanung
- Konzept „Grüner Würfel“
- Bericht zur Verstärkung der Regelangebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Stadtteilkoordination (Stadtteilmütter)
- Stand Prüfung Jugendzentrum Jahnplatz
- Kitabedarfsplanung
- Kinder- und Jugendarbeit
- Jugendbus

-.-.-

---

Regine Weißenfeld (Vorsitzende)

---

Rita Mülot (Schriftführung)